Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 16. **Sonntag** den 10. Januar 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Fürsterzbischof von Prag, Frhr. v. Skrbensky, wurde auch von der Kaiserin in Audienz empfangen.

* Das neue Anarchistenorgan „Der freie Arbeiter" reizt besonders zum Generalstreik an.

* Durch Auslosung wurde ein Teil der Verschwörer aus der Umgebung des Königs von Serbien entfernt.

* Eine Note der Pariser offiziösen „Agence Havas" aus Tokio besagt: Die Regierung erklärt das Gerücht, daß eine Expedition nach Korea demnächst abgehen solle, für unbegründet. Das Dementi scheint anzudeuten, daß die russische Note das Uebergewicht Japans in Korea anerkennt.

Der Grossherzog in der Herberge.

In Heinrich Heines zerrissenem Wesen ist ein Zug jedenfalls von rührender Schönheit, der Stammeszug der Familienliebe, insbesondere die Verehrung für den schwächereichen Vater. Gar seltsam mutet es uns heute an, in des Sohnes Werken zu lesen, wie der Vater dem Jungen Unterricht gegeben — im Wohltun. Unterricht im Wohltun? Wozu soll der gut sein? Kann man den überhaupt geben? Nun, ein deutscher Großherzog, der Hessen-Darmstädter, hat erst vor wenigen Tagen dem deutschen Volke eine „Lektion im Wohltun" erteilt, als er am heiligen Abend in der Herberge zur Heimat unter die Mühseligsten und Beladensten seiner Residenz trat und mit ihnen das Christfest beging.

Es war eine Tat, es war ein Ereignis, und die Telegraphenbeamten bekamen zu tun. Zuerst lagerte starres Staunen über den deutschen Fluren, rechts und links und in der Mitte Schweigen. Das mochte schließlich noch hingehen, daß der Fürst sich unter die Plebs gemischt hatte, aber daß er keine Rede, auch nicht die kleinste Ansprache, gehalten — so etwas war in Neu-Deutschland noch nicht dagewesen. Für den Politik-Studenten (von studere = eifrig beflissen sein) kam nun eine reizvolle Zeit; die Analyse der politischen Gruppen in Bezug auf ihren Gehalt an sozialem Oel wurde ein gut Stück gefördert. Schwer betroffen war die gesamte „Genossen"schaft: die Handlung des Großherzogs paßte gar nicht in ihr Programm und in ihrem politischen Lexikon fand sich kein Behandlungsschema für den Fall vorgezeichnet. Die geschicktesten Journalisten der Partei suchten und fanden nichts; sie schlugen den Band „F" auf und suchten unter „Fürst". Da stand:

„Fürst (der) ist das Haupt der Bourgeoisie; er lebt, wie seine Anhänger, die nur zu ihm halten, weil sie ihn nötig haben, vom sauren Schweiße des Proletariats, wird von waffenstrotzenden Knechten vom Volke fern gehalten und verabscheut jede Berührung mit diesem. Er ist hochmütig und schwach begabt und muß abgesetzt werden. Im Zukunftsstaate gibt es keine Fürsten mehr."

Das paßte nicht, darum schlugen sie den Band „W" auf und sahen nach unter „Wohltun". Da stand:

„Wohltun (das) ist eine Beleidigung für den Nehmer, der nur sein Recht bekommt, und eine Schlechtigkeit von dem Geber, der nur protzen und den anderen beschämen will. Der Bourgeois übt nur Wohltätigkeit auf Bällen und in Konzerten oder damit sein Name genannt werde. Der Nehmer schuldet dem Geber keinen Dank. Edel ist nur der „Genosse". Im Zukunftsstaate gibt es keine Wohltätigkeit mehr."

Das paßte auch nicht; beim besten Willen paßte es nicht. Darum taten die „Genossen" das Beste, was sie tun konnten: sie machten „Pst, pst!", damit die Kunde von dem merkwürdigen Großherzoge nicht zu tief in das Volk dringe. Nur einige wenige ganz Schlaue sagten: „Es war weiter gar nichts, es war eine Menschlichkeit". Und damit hätten sie recht haben — sollen.

Auf der andern Seite standen diejenigen, in deren Programmen die Fürstentreue den besten und größten Platz einnimmt und fett gedruckt wird, beinahe ebenso betreten. Ja, wenn die Sache in aller Förmlichkeit vor sich gegangen wäre! Der Großherzog in großer Uniform, rechts und links ein Minister, im Hintergrunde eine Reihe Hellebardiere, und wenn dann Se. Königl. Hoheit die „Vertreter" der Landstraße feierlich ermahnt hätte mit „Ihr" und „Euch", treu zu Kaiser, Reich und allen Bundesfürsten zu halten, ja dann hätte man sich die Geschichte noch gefallen lassen. Aber so — ohne alle Etikette! Wo bleibt da die Majestät und das Gottesgnadentum? Und besonders, wo bleiben die (in der Verfassung abgeschafften) Standesvorrechte? Freilich wurde ein „Hoch" ausgebracht, aber auch nur von einem Pennbruder, und dann hatte sich der, den man hochleben ließ, vorher unerkannt entfernt. Alles in allem: eine peinliche Affäre. Es war daher nur das Lautwerden eines vielstimmigen Geflüsters, wenn ein norddeutsches Blatt, das mit dem Glanze imitierter Bismarck-Brillanten zu blenden versucht, dem Großherzog von Hessen ein Monitum erteilte, und das von Rechtswegen, denn was nutzt den Leuten, die ihre Weisheit aus Hamburg beziehen, die königlichste Hoheit, wenn sie mit Herbergsgästen „fraternisiert"?

Aber es muß gesagt werden, daß diese Stimme vereinzelt blieb, wenn auch von keiner anderen Stelle der rechten Seite offene Zustimmung laut wurde. Um gerecht zu sein: das war verwunderlich. Und zwar darum war es das, weil in letzter Zeit ein ganz merkwürdiges Experiment mit ebenso merkwürdigem Geschick in aller Oeffentlichkeit vorgeführt wurde, nämlich die Erweckung der scheintoten konservativen Presse zum Leben. Nachdem schon seit einiger Zeit in Blättern von politisch-konservativer, religiös-orthodoxer Richtung der selbstangelegte Loyalitäts-Maulkorb sehr gelockert worden war, brachte es jüngst sogar ein schlesisches, allerdings freikonservatives Organ fertig, ganz energische sachliche Opposition in militärischen Dingen zu machen. Hier sei der Nebenbei der Einwurf erlaubt: „Aber nur in Fragen äußerlicher Art, in Uniformfragen." Sehr richtig, Simplicius! Aber dazu gehört in den Kreisen noch mehr Mut, als für die zweijährige Dienstzeit zu sein. Aber wo blieb der Kämpe aus den Reihen dieser wieder jung gewordenen Politiker, der die Farben von Hessen-Darmstadt sich an den Helm gesteckt hätte? Dazu reicht die Courage denn doch nicht aus.

Leute, denen alle politischen Ultras verhaßt sind, rechnen sich ja wohl zu den Mittelparteien (bitte, nicht mit Zentrum zu übersetzen) und haben gewöhnlich einen Fehler: sie tun den Mund nicht gern auf, höchstens wenn man sie auf die Füße tritt — dann bitten sie um Entschuldigung. Das ist, mit Respekt zu melden, töricht, aber es ist so. Dementsprechend benehmen sie sich auch in unserem Falle: Nur kein lautes Wort, weder des Lobes, noch des Tadels.

Und während dieser Zeit sagte manch einer von denen im deutschen Volke, die lieber mit freien Augen als durch eine gefärbte Brille sehen: „Er muß doch ein edler Mensch sein." Und merkwürdig, sogar manche, die sonst rote Brillen tragen, sagten das, aber nur, wenn sie die Brillen einmal absetzen durften, und auch dann nur ganz leise. Und wenn man alle diese, die offen oder heimlich so sprechen, zusammenzählen könnte, es würden viele Millionen herauskommen, viel mehr, als je eine Partei Wähler gezählt hat. Und wenn es viele überflüssigen Hochs gegeben hat und noch geben wird, das Hoch in der Darmstädter Herberge zur Heimat am heiligen Abend war nicht überflüssig; und wenn es nur dazu gedient hätte, der hübschen und lehrreichen Geschichte von dem guten Großherzoge eine hübsche und lehrreiche Pointe zu sein. S.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 9. Januar.

* **Die deutsche Post im Auslande.** Der Förderung der deutschen Post- und Telegraphaneinrichtungen im Auslande, namentlich in den Schutzgebieten, hat die Postverwaltung auch im vorigen Jahre besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Namentlich in Ostafrika und Südwestafrika sind neue Postanstalten errichtet und auf diese Weise neue Verbindungen geschaffen worden. In China wurden an vier weiteren Plätzen deutsche Postämter eröffnet, nämlich in Nanking, Ischang, Tschingtschoufu und Tschoutsun. Der Telegraph und mit ihm der Fernsprecher sind in verschiedenen Gebieten weiter ins Innere des Landes vorgedrungen, nämlich in Togo, wo die Telegraphenlinie von Lome nach Agome Palime dem Verkehr übergeben werden konnte, in Kamerun, wo die Telegraphenlinie von Victoria über Buea nach Duala fertiggestellt wurde, und in Ostafrika, wo die von Dar-es-Salaam ausgehende Zentraltelegraphenlinie bis Tura weitergeführt worden ist. In Ostafrika sind ferner Reichstelegraphenanstalten im Zusammenhange mit der Weiterführung des britischen Kontinentaltelegraphen Kapstadt-Kairo in Ujiji und neuerdings im Usambaragebiete in Muheza, Amani, Korogwe und Wugiri ins Leben getreten. Ortsfernsprechseinrichtungen sind in Duala (Kamerun) und Otjahamlja (Südwestafrika) eröffnet worden; ferner ist in Bagamoyo (Ostafrika) die dort seit einigen Jahren bestehende Fernsprech-Umschaltestelle in ein Ortsfernsprechnetz umgewandelt worden. Das neue Jahr wird hoffentlich weitere Fortschritte bringen. Vor allem ist die baldige Vollendung des ostafrikanischen Ueberlandtelegraphen notwendig.

* **Zur Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften wegen Anstiftung zum Vertragsbruch** ergreift in der neuesten Nummer der „Deutschen Stimmen" ein hervorragender Jurist das Wort. Bekanntlich ist in England in zwei Fällen die Verurteilung der Gewerkschaften von den Arbeitgebern durchgesetzt worden; sowohl die Gewerkschaft der Taff Vale-Eisenbahner wie die der walisischen Bergleute haben wegen Ueberredung zum Vertragsbruch und des daraus den Arbeitgebern entstandenen Schadens je 2 Millionen Mark an die letzteren zu zahlen gehabt. Im Hinblick auf diese Fälle ist in der deutschen Presse behauptet worden, auch unsere Gesetzgebung ermögliche eine solche Schadloshaltung des Unternehmertums. Das ist nach dem Gewährsmann der genannten Halbmonatsschrift indessen nicht der Fall; unsere Gesetzgebung bietet nach ihrem heutigen Stande noch keine Handhabe zu dem gedachten Vorgehen. Das B. G.-B. kennt keine Vorschrift, nach welcher der zum Vertragsbruch Anstiftende schadenersatzpflichtig ist. Denn das B. G.-B. erwähnt den Anstifter allein im § 830, macht hier jedoch nur den Anstifter zu einer unerlaubten Handlung im Sinne des § 823 ersatzpflichtig. Vertragsbruch ist aber eine solche unerlaubte Handlung nicht. Auch § 826, nach dem derjenige zum Schadenersatz verpflichtet ist, der in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist nicht anwendbar. Das Tatbestandsmerkmal der vorsätzlichen Schadenzufügung liegt bei der zum Streike anstiftenden Gewerkschaft fraglos vor; denn diese will ja die Arbeitgeber gerade dadurch zur Gewährung besserer Lohnbedingungen zwingen, daß sie ihnen durch den Vertragsbruch der Arbeiter Schaden zufügt. Dagegen scheitert die Anwendung des § 826 an dem Erfordernis der Unsittlichkeit. Denn die Anstiftung zum Vertragsbruch als eine Unsittlichkeit im Sinne dieses Paragraphen aufzufassen, ist nicht ohne weiteres möglich. Auch im Falle der Zuerkennung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine — eine Frage, die von der „Antiseo. Korr." völlig unberechtigt mit diesem Gegenstande in Verbindung gebracht worden ist — wäre an der Rechtslage nichts geändert, weil auch eine Einzelperson wegen Anstiftung zum Vertragsbruch in der Regel nicht ersatzpflichtig gemacht werden kann.

* **Zu der angeblich geplanten Herabsetzung der Totalisatorsteuer** schreibt der „Hannov. Cour." u. a.: In einer Konferenz von Vertretern der hervorragendsten Rennvereine mit Kommissaren von fünf preußischen Ministerien und drei Reichsämtern soll eine wesentliche Herabsetzung der Totalisatorsteuer angeblich von 20 auf 6 Prozent, beschlossen worden sein, um den Totalisator wieder rentabel zu machen. Eine durch ihre Urteilslosigkeit hervorragende Korrespondenz war dazu ausersehen, die frohe Mär der Welt zu künden und die beabsichtigte Maßregel damit zu empfehlen, daß die Buchmacher und die Wettbureaus auf diese Weise lahmgelegt würden. Da aber die Steuer selbstverständlich auch bisher von den Wettbureaus voll in Anrechnung gebracht worden ist — andernfalls wäre es offenkundiger Schwindel gewesen —, so wird eine Herabsetzung der Totalisatorsteuer weder den Rennvereinen, noch dem Publikum, sondern wieder lediglich jenen unsauberen Elementen zu Gute kommen, die von der Ausbeutung des Rennwettunwesens leben. Der weitaus größte Teil der Wettenden wird in Zukunft so wenig wie jetzt daran denken, die Rennplätze selbst aufzusuchen. Man muß einen Einblick in die Hunderte von Cigarren- und Friseurläden gehabt haben, die kaum mehr ehrlichem Erwerb und Gewerbe dienen, sondern ihr Geschäft fast nur noch als Aushängeschild für die Wettenvermittelung führen, man muß das Publikum dieser Lokale, die Droschkenkutscher, Dienstmänner, Kellner, kleinen Handwerker, Unterbeamten, Handlungsdiener, man muß das fiebernde Interesse gesehen haben, das sie einem unverstandenen Gegenstande entgegenbringen, ganz gleich, ob es sich um Pferde- oder Radrennen, ob es sich um das Interesse von — Roßtäuschern oder Fahrradfabriken handelt, um zu wissen, welch schwärendes Geschwür unserm Volkskörper hier gewaltsam angezüchtet worden ist, dem der verhältnismäßig harmlose Handel mit Hoffnung in Staats- und Privatlotterien, bei aller Entrüstung der Eiferer, nie einen nennenswerten Schaden zugefügt hatte. Wir setzen unsere Hoffnung auf die in Preußen maßgebende Stelle. Kaiser Wilhelm II. hat sich bisher dem Rennsport auffallend ferngehalten, offenbar nicht, weil ihm die Landespferdezucht und die Pflege edler Reiterkunst nicht ebenso am Herzen lägen wie all den sogenannten „Sportkreisen", die jene Zurückhaltung stets ostentativ beklagen, sondern klärlich darum, weil ihn das Milieu anwidert, das den einstmals nur vornehmen Elementen offenen „grünen Rasen" zum Sammelplatz von deklassierten Glücksrittern, schmierigen Geschäftsleuten, Prostituierten beiderlei Geschlechts, Volksausbeutern und Blutsaugern jeder Art gemacht hat. Hoffentlich setzt ein Machtwort des Herrschers den Bestrebungen von interessierter Seite, diese Zustände zu verewigen — Bestrebungen, die leider auch von manchem ehrlichen Sportsfreund aus mißverständlicher Interessengemeinschaft gefördert werden —, einen starken Damm entgegen. Dann mag der Rennsport wieder von sich selbst aus blühen und gedeihen, als Betätigung ritterlicher Kraft und Gesinnung, nicht als schmarotzendes Geschwür am sozialen Körper.

* **Das neue Anarchistenorgan „Der freie Arbeiter"** ist zum ersten Male erschienen. Es tritt in ganz anständigem Kleide, mit gutem Druck auf ziemlich feinem Papier auf und ist von viel größerem Format als das eingegangene Anarchistenorgan „Neues Leben". In seinem Aufrufe „An die Genossen" heißt es: „Keinem denkenden Arbeiter kann der scheinbare Widerspruch in der Entwickelung der deutschen Arbeiterbewegung entgangen sein: daß trotz des politischen Fortschreitens der Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung zu einem gefährlichen Stillstande gekommen ist. Das verflossene Jahr, das den Dreimillionensieg am Stimmkasten brachte, hat der Arbeiterbewegung eine Reihe bedeutender Wunden geschlagen. Nie sind mehr Streiks verloren gegangen, nie waren die deutschen Arbeiter machtloser gegenüber Aussperrungen und Maßregelungen der Unternehmer. Diese haben es verstanden, eine Reihe festgeschlossener Kampforganisationen zu schaffen, und während die Arbeiter ihr Schicksal von dem Ausgange parlamentarischer Debatten abhängig glauben, versetzt ihnen das vom Staate unterstützte Unternehmertum Schlag auf Schlag. Nun, wir sagen auch — und Tausende haben es längst eingesehen —, der Widerspruch zwischen diesem politischen „Siege" und den tatsächlichen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung ist nur ein scheinbarer, in Wirklichkeit haben wir es mit zwei zu einander gehörigen Folgen einer Ursache zu tun. Diese Ursache aber ist die ungeheure Ueberschätzung der politischen Aktion und die ebenso ungeheure Vernachlässigung der wirtschaftlichen Aktion ... Längst haben sich in anderen Ländern die Arbeiter zum großen Teile rüstiger wirtschaftlicher Kampfaktion zugewendet. Schon kommt der wirtschaftliche Kampf in seiner höchsten Steigerung als Generalstreik immer häufiger zur Anwendung." — Das ist also das alte anarchistische Programm: die Massen sollen so gedrückt werden, daß alle auf einmal die Arbeit niederlegen und wie in Spanien und Holland zum Generalstreik greifen. Auch in dem ganzen Notizkram wird hauptsächlich für den Generalstreik Stimmung gemacht. So wird auseinandergesetzt, daß in Bilbao die Macht des Generalstreiks sich glänzend erwiesen habe. Interessant ist auch die Mitteilung, daß der russische Anarchistenführer W. Tschernsekoff eine neue russische revolutionäre Monatsschrift ankündigt, die den radikalen Elementen im Kampfe gegen „verräterische Angriffe der Gemäßigten" dienen soll. Es wäre entsetzlich, wenn in den russischen Genossen der revolutionäre Geist wieder geweckt würde, der ausgangs der siebziger und anfangs der achtziger Jahre zu unerhörten Schandtaten führte. Nun, man wird ja in Rußland auf die neue Monatsschrift ein wachsames Auge haben. Bei uns beweist die Ausstattung des „Freien Arbeiters", der wie alle seine Vorgänger wöchentlich einmal erscheint, daß die Anarchisten wieder über ganz ansehnliche Mittel verfügen und also Aufmerksamkeit verdienen.

* **Eine Deutschverleugnung** enthält Nr. 98 der „Chemiker-Zeitung" (Herausgeber Dr. Krause in Köthen). Auf den Seiten 1202 und 1203 heißt es in einem Aufsatze „Chemie und Chemiker in Ceylon" von einem Herrn Dr. P. W. Roller aus Paris, wie folgt: „Was die soziale Stellung der Chemiker betrifft, so wird es einem gebildeten Manne ein leichtes sein, mit der besten englischen Gesellschaft zu verkehren; man muß es aber dann gleich bei der Ankunft vermeiden, sich mit seinen Landsleuten zu tief einzulassen, von denen viele ihre geringe Bildung durch größere Schlauheit zu ersetzen suchen." Irgend welchen Zweifel, daß der Verfasser mit diesen Landsleuten Deutsche meint, läßt er nicht. Er warnt auch an anderer Stelle davor, sich mit Deutschen zu verbinden und empfiehlt mit zwei englischen Junggesellen einen gemeinsamen Haushalt zu führen. Das nennt man doch offene Preisgabe des Nationalgefühls zu Gunsten des geschäftlichen Vorteils! Befremden muß es ferner aufs höchste, daß die „Chemiker-Zeitung" es zugelassen hat, daß eine derartige Gesinnung in ihren Zeilen ausgesprochen werden konnte.

* **Von einem neuen sozial-publizistischen Unternehmen** berichtet eine Berliner Korrespondenz: „Mitten im Wirtschaftsleben stehende Männer der Praxis haben sich zusammengetan und wollen sich eine eigene fortlaufende Serie selbständiger Broschüren gründen, welche die Anschauungen der Praxis zum Ausdruck bringen soll. Die Serie heißt: „Sozialwirtschaftliche Zeitfragen". Der Herausgeber ist der frühere stellvertretende Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller und jetzige Syndikus der Handelskammer Saarbrücken, Dr. Alexander Tille, der Verlag die Firma Otto Elsner in Berlin. Die Serie will der überlegenen menschlichen Arbeitskraft, der geistigen und der physischen, wieder zum ersten Platz in der wirtschaftlichen Betrachtung verhelfen, die nationale Seite der Volkswirtschaft in den Vordergrund stellen, und das Wirken an der nationalen Größe des ganzen Volkes zum Prüfstein für die Gesundheit wirtschaftlicher Strömungen machen. Es soll endlich einmal der Standpunkt vertreten werden, daß die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheit für das Volk die einzige soziale Großtat ist, und daß alles andere, was ein Unternehmer für seine Arbeiter tun kann, weit dahinter zurücktritt." In der Serie sollen anscheinend hauptsächlich der Kathedersozialismus und die „Soziale Praxis" bekämpft werden.

* Der **Kaiser** hörte heute vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Marine-Kabinetts. Im Anschluß an die Audienz beim Kaiser wurde der Fürsterzbischof von Prag Frhr. v. Skrbensky auch von der Kaiserin empfangen.

— Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Senbath hat anscheinend keine Revision, beim Reichsgerichte angemeldet, sodaß inzwischen das Urteil rechtskräftig geworden sein dürfte.

— Aus der „Juristischen Wochenschrift" hatten wir eine Notiz über die Mitgliederzahl der Hülfskasse für deutsche Rechtsanwälte übernommen; dabei war ein Irrtum untergelaufen. Es heißt in der Notiz: „Der Hülfskasse gehören von 4800 Anwälten noch immer nur 2333 an"; es muß aber heißen: „Ihr gehören 4800 Anwälte an, weitere 2333 noch nicht".

— In der Berliner Diplomatie hält sich der „Voss. Ztg." zufolge das Gerücht, daß Charlemagne Tower, der Berliner Botschafter der Union, in absehbarer Zeit anderweitige Verwendung finden werde. Als der vom Präsidenten Roosevelt in Aussicht genommene Nachfolger Towers gilt Seth Low, der bisherige Mayor von New York.

* **Celle**, 8. Januar. Gegen den Gemeindevorsteher Brammer in Bonstorf war wegen seiner welfischen Abstimmung bei der letzten Landtagswahl ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, nachdem er der Aufforderung des Regierungspräsidenten zu Lüneburg, sein Amt niederzulegen, nicht Folge geleistet hatte. Nunmehr hat der Kreisausschuß, der dieser Tage hier tagte, gegen Brammer auf Amtsentsetzung erkannt, „da er sich des Vertrauens, das sein Beruf erfordere, unwürdig gezeigt habe." — Nach einer Mitteilung des hannoverschen Welfenblattes wird Brammer gegen dieses Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgerichte einlegen. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Oelschläger-Lüneburg. Die beiden anderen Gemeindevorsteher, die gleichfalls dem welfischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hatten, waren der Aufforderung zur Amtsniederlegung nachgekommen.

* **Gotha**, 9. Januar. Der Herzog von Koburg-Gotha ist gestern Abend von London nach Bonn abgereist.

* **Mühlhausen**, 8. Januar. Auf der Tagesordnung der letzten Gemeinderatssitzung stand die Aufnahme der Gehälter der katholischen Vikare in das Budget. Die Aufsichtsbehörde hatte bekanntlich mit Zustimmung des Ministeriums entschieden, daß diese Gehälter eine Nichtausgabe der Gemeinde seien. Der Gemeinderat lehnte, unbeschadet weiterer grundsätzlicher Prüfung der Frage, ob